

# Inhaltsverzeichnis

## Abkürzungsverzeichnis — XXIII

### Kapitel 1

#### Vergaberecht – was ist das?

- A. Die Struktur des Vergaberechts im Überblick — 1
  - I. Die Unterscheidung nach Auftragsarten — 1
  - II. Die Unterscheidung nach dem Auftragswert — 2
- B. Ursprung und Entwicklung des deutschen Vergaberechts — 2
  - I. Entstehung und Regelungsgehalt des Vergaberechts — 3
  - II. Einflüsse durch den EG-Binnenmarkt — 3
    - 1. Erlass von „Koordinierungsrichtlinien“ durch die Europäische Union — 4
    - 2. Die Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht — 4
    - 3. Vom Haushaltsrecht zum Wettbewerbsrecht — 5
    - 4. Die Normenhierarchie im Vergaberecht — 6
      - a) EG-Ebene: Die Richtlinien — 7
      - b) Gesetzesebene: Das GWB — 7
      - c) Verordnungsebene: VgV, SektVO und VSVgV — 7
      - d) Vergabe- und Vertragsordnungen: Die VOL/A, die VOB/A und die VOF — 8

### Kapitel 2

#### Die Grundprinzipien des Vergaberechts – Orientierungshilfen im Vorschriftenschubel

- A. Der Wettbewerbsgrundsatz — 11
  - I. Der Vorrang des offenen Verfahrens — 12
  - II. Pflicht zur eindeutigen und erschöpfenden Leistungsbeschreibung — 12
  - III. Verbot von Nachverhandlungen — 13
  - IV. Verbot von Wettbewerbsabsprachen und Dumpingangeboten — 14
  - V. Geheimwettbewerb — 14
- B. Das Transparenzgebot — 16
  - I. Bekanntmachung beabsichtigter Auftragsvergaben — 17
  - II. Pflicht zur frühzeitigen Angabe der Wertungskriterien — 17
  - III. Bei Bauvergaben: Öffentlicher Submissionstermin — 18
  - IV. Vorabinformation über die beabsichtigte Zuschlagserteilung — 18
  - V. Pflicht zur Dokumentation des Vergabeverfahrens — 19

- C. Der Gleichbehandlungsgrundsatz — 20
  - I. Mitwirkungsverbote im Vergabeverfahren — 20
  - II. Die Projektantenproblematik — 22
  - III. Die Pflicht zur „Herkunftsneutralität“ — 23
  - IV. Verbot rein nationaler technischer Spezifikationen — 24
  - V. Angebotsvorteile durch Beihilfen? — 24
  - VI. Weitere Ausprägungen des Gleichheitsgrundsatzes — 24
- D. Die Pflicht zur Berücksichtigung mittelständischer Interessen — 25
- E. Der Eignungsgrundsatz — 27
- F. Der Wirtschaftlichkeitsgrundsatz — 29
- G. Der Anspruch auf Rechtsschutz — 30

### Kapitel 3

#### Der Anwendungsbereich des Vergaberechts – für wen und für welche Fälle gilt das Vergaberecht?

- A. Der persönliche Anwendungsbereich: Öffentliche Auftraggeber — 33
  - I. Gebietskörperschaften gemäß § 98 Nr. 1 GWB — 34
  - II. Juristische Personen gemäß § 98 Nr. 2 GWB — 34
    - 1. Erfüllung im Allgemeininteresse liegender öffentlicher Aufgaben — 35
    - 2. Nichtgewerblichkeit — 36
    - 3. Beherrschender Einfluss staatlicher Stellen — 36
    - 4. Beispiele — 37
  - III. Verbände gemäß § 98 Nr. 3 GWB — 38
  - IV. Sektorenauftraggeber gemäß § 98 Nr. 4 GWB — 39
  - V. Subventionierte Auftraggeber gemäß § 98 Nr. 5 — 39
  - VI. Baukonzessionäre gemäß § 98 Nr. 6 GWB — 40
- B. Der sachliche Anwendungsbereich — 42
  - I. Öffentliche Aufträge — 42
    - 1. Die einzelnen Auftragsarten — 42
    - 2. Das Kriterium der Entgeltlichkeit — 43
    - 3. Sonderfall: Grundstückskaufverträge mit Bauverpflichtung — 45
    - 4. Die Verlängerung und die Modifizierung bestehender Verträge — 46
    - 5. Abgrenzungen — 47
      - a) § 99 Abs. 10 GWB – Abgrenzung bei unterschiedlichen Auftragsgegenständen — 48
      - b) § 99 Abs. 11 GWB – Abgrenzung bei unterschiedlichen Tätigkeiten — 48
      - c) § 99 Abs. 12 GWB – Abgrenzung bei Sektorentätigkeiten — 49

d)	§ 99 Abs. 13 GWB – Abgrenzung bei Aufträgen, die teilweise verteidigungs- oder sicherheitsrelevant sind	— 49
II.	Überschreitung der Schwellenwerte	— 50
1.	Die einzelnen Schwellenwerte	— 50
2.	Die Schätzung des Auftragswertes	— 51
a)	Die geschätzte Gesamtvergütung als Richtschnur	— 51
b)	§ 3 Abs. 2 VgV: Keine Tricksereien!	— 54
c)	Sonderfall: Die Gesamtvergütung bei Bauleistungen	— 55
d)	Regelmäßige Aufträge und Daueraufträge über Liefer- und Dienstleistungen	— 55
e)	Verträge mit Laufzeit	— 56
f)	Rahmenvereinbarungen und dynamische elektronische Verfahren	— 57
g)	Vergabe von Losen – Auftragswert und Gestaltungsmöglichkeiten des Auftraggebers	— 57
III.	Keine sog. Bereichsausnahme nach § 100 Abs. 2 ff. GWB	— 59
1.	Allgemeine Ausnahmen nach § 100 Abs. 3–6 und 8 GWB	— 60
2.	Besondere Ausnahmen für nicht sektorenspezifische und nicht verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aufträge	— 61
3.	Besondere Ausnahmen im Sektorenbereich	— 62
4.	Besondere Ausnahmen in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit	— 63
C.	Unterhalb der Schwellenwerte: Nationales Vergaberecht	— 64
D.	Sonderfall: Inhouse-Vergaben	— 64
I.	Konstellation: Der Vertragsschluss des Auftraggebers mit sich selbst	— 64
II.	Vorliegen eines Inhouse-Geschäfts – die Definition des EuGH	— 65
1.	Das Kontrollkriterium	— 66
a)	Keine Kontrolle bei Unternehmen mit privaten Anteilseignern	— 66
b)	Die Kontrolle „wie über eine eigene Dienststelle“	— 67
2.	Das Wesentlichkeitskriterium	— 67
E.	Sonderfall: Die interkommunale Zusammenarbeit und sonstige „In-State-Geschäfte“	— 69
F.	Sonderfall: Dienstleistungskonzession	— 70

## Kapitel 4

### Die Auftragsarten und die anwendbaren Vorschriften im Überblick

A.	Liefer- und Dienstleistungsaufträge – die VOL/A	— 73
I.	Der Anwendungsbereich im Überblick	— 73

II.	Aufbau und Struktur der VOL/A — <b>74</b>
III.	Prioritäre und nicht prioritäre Dienstleistungen — <b>75</b>
B.	Freiberufliche Dienstleistungen – die VOF — <b>77</b>
I.	Der Anwendungsbereich im Überblick — <b>77</b>
II.	Die „freiberuflichen Leistungen“ — <b>78</b>
III.	Die Abgrenzung zwischen VOF und VOL/A — <b>78</b>
IV.	Prioritäre und nicht prioritäre freiberufliche Leistungen — <b>80</b>
C.	Bauleistungen – die VOB/A — <b>81</b>
I.	Der Anwendungsbereich im Überblick — <b>81</b>
II.	Die Einschränkung des Anwendungsbereichs bei Baukonzessionen — <b>82</b>
1.	Einschränkungen bei der Vergabe von Baukonzessionen — <b>82</b>
2.	Einschränkungen bei der Auftragsvergabe durch Baukonzessionäre — <b>82</b>
III.	Die von der VOB/A erfassten Aufträge — <b>83</b>
IV.	Aufbau und Struktur der VOB/A — <b>84</b>
D.	Tätigkeits- und bereichsbezogene Sonderregelungen — <b>84</b>
I.	Auftragsvergaben bei Sektorentätigkeiten – die SektVO — <b>84</b>
1.	Der Anwendungsbereich im Überblick — <b>84</b>
2.	Die „Zwitterstellung“ der SektVO — <b>85</b>
3.	Die einzelnen Sektorentätigkeiten — <b>86</b>
4.	Besonderheiten und Ausnahmen — <b>86</b>
II.	Auftragsvergaben in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit – die VSVgV — <b>88</b>
1.	Der Anwendungsbereich im Überblick — <b>88</b>
2.	Sonderfall: Verteidigungs- und sicherheitsrelevante Bauaufträge — <b>89</b>
3.	Prioritäre und nicht prioritäre Dienstleistungen — <b>89</b>

## Kapitel 5

### Die Verfahrensarten im Überblick – wie gelangt der öffentliche Auftraggeber zu seinem Vertragspartner?

A.	Der Grundsatz – Vorrang des offenen Verfahrens bzw. der öffentlichen Ausschreibung — <b>91</b>
I.	Die Regelung im Oberschwellenbereich — <b>91</b>
II.	Die Regelung im Unterschwellenbereich — <b>93</b>
B.	Die Beschränkung des Bieterkreises – das nicht offene Verfahren bzw. die Beschränkte Ausschreibung — <b>93</b>
I.	Die Zulässigkeit des nicht offenen Verfahrens im Oberschwellenbereich — <b>93</b>
1.	Das nicht offene Verfahren — <b>94</b>

2. Die Ausnahmetatbestände der VOL/A — <b>94</b>
3. Die Ausnahmetatbestände der VOB/A — <b>96</b>
II. Die Zulässigkeit der Beschränkten Ausschreibung im Unterschwellenbereich — <b>97</b>
1. Die Beschränkte Ausschreibung — <b>97</b>
2. Die Ausnahmetatbestände der VOL/A — <b>98</b>
a) Die Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb — <b>98</b>
b) Die Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb — <b>98</b>
3. Die Ausnahmetatbestände der VOB/A — <b>99</b>
a) Die Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb — <b>99</b>
b) Die Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb — <b>100</b>
C. Größtmöglicher Spielraum für den Auftraggeber – das Verhandlungsverfahren bzw. die Freihändige Vergabe — <b>101</b>
I. Die Zulässigkeit des Verhandlungsverfahrens im Oberschwellenbereich — <b>101</b>
1. Das Verhandlungsverfahren — <b>101</b>
2. Das Verhandlungsverfahren als Regelverfahren – Vergaben nach der VOF — <b>102</b>
a) Erste Stufe: Vorgeschalteter öffentlicher Teilnahmewettbewerb — <b>102</b>
b) Zweite Stufe: Die eigentlichen Verhandlungen — <b>103</b>
3. Das Verhandlungsverfahren als „Ausnahme von der Ausnahme“ – VOL/A und VOB/A — <b>104</b>
a) Die Ausnahmetatbestände der VOL/A — <b>104</b>
aa) Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb — <b>104</b>
bb) Das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb — <b>106</b>
b) Die Ausnahmetatbestände der VOB/A — <b>107</b>
aa) Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb — <b>108</b>
bb) Das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb — <b>109</b>
II. Die Zulässigkeit der Freihändigen Vergabe im Unterschwellenbereich — <b>110</b>
1. Die Freihändige Vergabe — <b>110</b>
2. Die Ausnahmetatbestände der VOL/A — <b>111</b>
3. Die Ausnahmetatbestände der VOB/A — <b>112</b>

- D. Sonderfall: Wahlrecht des Auftraggebers im Anwendungsbereich der SektVO und der VSVgV — 113
  - I. Die zulässigen Verfahrensarten im Anwendungsbereich der SektVO — 113
  - II. Die zulässigen Verfahrensarten im Anwendungsbereich der VSVgV — 114
    - 1. Zwingender Ausschluss des offenen Verfahrens — 114
    - 2. Die Regelverfahrensarten: Nicht offenes Verfahren und Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb — 115
- E. Sonderfall: Der wettbewerbliche Dialog — 116
  - I. Die Zulässigkeit des wettbewerblichen Dialogs — 116
  - II. Der Ablauf des wettbewerblichen Dialogs — 118
    - 1. Die erste Phase: Dialog zur Ermittlung von Lösungsvorschlägen für die Bedürfnisse des Auftraggebers — 119
    - 2. Die zweite Phase: Angebotsabgabe und Auftragsvergabe — 120

## Kapitel 6

### Wie bereitet man ein Vergabeverfahren zielgerichtet und rechtssicher vor?

- A. Vorbemerkung — 123
- B. Feststellung der einschlägigen Vergabeordnung — 125
- C. Schätzung des Auftragswerts — 127
- D. Festlegung der Vergabeart — 129
  - I. Regel-Ausnahme-Verhältnis — 129
  - II. Sonderregelung im Sektorenbereich — 129
  - III. Risiken einer fehlerhaften Wahl der Vergabeart — 129
- E. Aufteilung der Leistung in sog. Lose — 131
  - I. Mittelstands- und Wettbewerbsförderung als Zielrichtung — 132
  - II. Bildung von Teillosen — 132
  - III. Bildung von Fachlosen — 133
  - IV. Losbündelung als Ausnahme — 134
- F. Herstellung der sog. Vergabereife — 136
  - I. Rechtlicher Hintergrund — 136
  - II. Zusammenstellung der Vergabeunterlagen — 138
    - 1. Leistungsbeschreibung — 138
      - a) Wesentliche Funktionen der Leistungsbeschreibung — 138
      - b) Verpflichtung zur eindeutigen und erschöpfenden Leistungsbeschreibung — 139
      - c) Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis — 141
      - d) Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm — 143

e)	Leistungsbestimmungsrecht und Grundsatz der produktneutralen Ausschreibung — 145
f)	Risiken fehlerhafter Leistungsbeschreibungen — 146
2.	Aufstellung von Bewerbungsbedingungen — 149
III.	Ist die Finanzierung gesichert? — 150
1.	Finanzierung von Anfang an unsicher — 151
2.	Angebotspreise übersteigen die verfügbaren Haushaltssmittel — 151
a)	Sanktionslose Aufhebung nur in Ausnahmefällen — 151
b)	Präventive Maßnahmen zur Risikominimierung — 153
G.	Festlegung der Eignungshürde — 155
I.	Unterschiedliche Regelungssystematik in VOB/A und VOL/A — 156
II.	Bekanntmachungspflicht — 156
III.	Inhaltliche Anforderungen — 158
IV.	Selbstbindung durch bekannt gegebene Kriterien — 158
V.	Allgemeine (auftragsunabhängige) Eignungskriterien — 159
VI.	Besondere (auftragsbezogene) Kriterien — 161
1.	Rechtfertigung durch Auftragsgegenstand — 162
2.	Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit — 162
3.	Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit — 163
4.	Referenzen als Eignungs- bzw. Fachkundenachweis — 164
VII.	Sonderfall vorgelagerte Eignungsprüfung — 166
1.	Verfahren ohne Bekanntmachung bzw. Teilnahmewettbewerb — 166
2.	Verfahren mit Teilnahmewettbewerb — 167
a)	Pflichtangaben in Bekanntmachung — 168
b)	Begrenzung der Teilnehmerzahl möglich — 168
c)	Nichteinhaltung von Mindestvorgaben — 169
H.	Festlegung von Wertungs- bzw. Zuschlagskriterien — 171
I.	Der Zeitpunkt der Festlegung — 171
II.	Die Bestimmungsfreiheit des Auftraggebers — 171
III.	Der Preis als alleiniges Zuschlagskriterium — 172
1.	Nebenangebote unzulässig — 173
2.	Funktionalausschreibung nicht möglich — 173
3.	Vor- und Nachteile der Zuschlagsvariante „niedrigster Preis“ — 174
IV.	Zuschlagsvariante „wirtschaftlich günstigstes Angebot“ — 174
1.	Sinn und Zweck nichtmonetärer Zuschlagskriterien — 175
2.	Bekanntmachungspflicht — 176
V.	Festlegung der Zuschlagskriterien — 177
1.	Allgemeine Anforderungen — 177
2.	Strikte Trennung von Eignungs- und Zuschlagskriterien — 178
a)	Abgrenzung — 179
b)	Keine Berücksichtigung eines „Mehr an Eignung“ — 179

3.	Keine Alibikriterien — 181
4.	Konkretisierung unbestimmter Hauptkriterien durch Unter- kriterien — 181
5.	Grenzen der Pflicht zur Konkretisierung — 183
6.	Konkretisierung durch Gewichtungsregeln — 184
7.	Überführung der Bieterangaben in ein Wertungssystem — 185
a)	Punktesysteme — 185
b)	Schulnotensystem — 186
8.	Vergaberechtliche Anforderungen an Bewertungssysteme — 188
a)	Keine unerwarteten Effekte — 188
b)	Bekanntgabe des gesamten Wertungssystems — 189
VI.	Änderungen am Wertungssystem im laufenden Verfahren — 190
VII.	Korrektur fehlerhafter Zuschlagskriterien — 191
1.	Korrekturbedarf hinsichtlich der Vergabeunterlagen — 191
a)	Vor dem Eröffnungstermin — 192
b)	Nach dem Eröffnungstermin — 192
2.	Korrekturbedarf hinsichtlich der Bekanntmachung — 192
I.	Nebenangebote — 193
I.	Begriff — 193
II.	Unerheblichkeit der Bezeichnung des Angebots — 194
III.	Nichtmonetäre Zuschlagskriterien erforderlich — 194
IV.	Definierte Mindestanforderungen erforderlich — 195
J.	Sonstige Erklärungen und Angaben — 197
I.	Allgemeines — 197
II.	Urkalkulation — 198
III.	Produktkonkretisierende Angaben — 200
K.	Zeitliche Ablaufplanung — 201

## **Kapitel 7**

### **Von der Bekanntmachung bis zur Submission**

A.	Ausschreibungs- und Angebotsphase — 203
I.	Beginn des Vergabeverfahrens — 203
II.	Bekanntmachung — 203
1.	Allgemeines — 203
2.	Nationale Ausschreibung — 204
3.	Europaweite Ausschreibung — 205
4.	Ausnahmen von der Bekanntmachungspflicht — 206
5.	Berichtigung fehlerhafter Bekanntmachungen — 206
III.	Versand der Vergabeunterlagen — 207
IV.	Angebotserstellung — 208

1. Vergabeunterlagen sichten — 208
  2. Bekanntmachung sichten — 209
  3. Eignungskriterien und geforderte Eignungsnachweise prüfen — 209
  4. Zuschlagskriterien und Wertungssystem analysieren — 210
  5. Formvorschriften einhalten — 211
  6. Keine Änderung oder Ergänzung der Vergabeunterlagen — 212
  7. Bildung einer Bietergemeinschaft — 212
    - a) Unternehmen unterschiedlicher Branchen — 213
    - b) Zusammenschluss branchenangehöriger Unternehmen — 213
    - c) Keine automatische Aufklärungspflicht — 214
- V. Bieterfragen — 215
1. Allgemeines — 215
  2. Fehler in der Bekanntmachung — 217
  3. Fehler in den Vergabeunterlagen — 218
- VI. Hinweispflichten — 218
- B. Eröffnungs- bzw. Submissionstermin — 219
1. Ablauf der Angebotsfrist — 219
  2. Geheimwettbewerb — 220
  3. Nachverhandlungsverbot — 220
  4. Ablauf und Dokumentation des Eröffnungstermins — 221
    - a) Verpflichtung zur Kennzeichnung der Angebote — 221
    - b) Dokumentation des Eröffnungstermins — 222
  5. Verspätet eingegangene Angebote — 222
  6. Unverschlossene oder unverschlüsselte Angebote — 223

## Kapitel 8

### Wie werden die Angebote geprüft und bewertet?

- A. Vorbemerkung — 225
- B. Wertungsmaßstab und Prüfstufen im Überblick — 225
- I. Wertungsmaßstab — 225
  - II. Wertung in vier Stufen — 226
  - III. Änderung oder Weglassen von Prüfstufen — 227
  - IV. Nachfordern von fehlenden Unterlagen — 229
- C. Ausschluss wegen inhaltlicher oder formaler Fehler — 229
- I. Allgemeines — 229
  - II. Zwingende Ausschlussgründe ohne Wertungsmöglichkeit — 230
    1. Eingang eines Angebots nach Ablauf der Angebotsfrist — 231
    2. Fehlende Unterschrift, Verstoß gegen Datenintegrität oder gegen festgelegte Form — 232
    3. Änderungen des Bieters an den Vergabeunterlagen — 234

4.	Nicht zweifelsfreie Eintragungen des Bieters — <b>238</b>
5.	Fehlende Preisangaben — <b>239</b>
6.	Wettbewerbsbeschränkende Abrede — <b>241</b>
7.	Nebenangebote — <b>242</b> <ul style="list-style-type: none"><li>a) Die Regelungen im Oberschwellenbereich — <b>242</b></li><li>b) Die Regelungen im Unterschwellenbereich — <b>242</b></li><li>c) Sonderregel für Bauvergaben — <b>243</b></li></ul>
III.	Fehlen geforderter Erklärungen und Nachweise — <b>243</b> <ul style="list-style-type: none"><li>1. Vorbemerkung — <b>243</b></li><li>2. Erklärungen und Nachweise — <b>244</b><ul style="list-style-type: none"><li>a) Nachforderungspflicht nur für erläuternde und außerhalb des Vertrags stehende Umstände? — <b>244</b></li><li>b) Umfassende Nachforderungspflicht — <b>245</b></li></ul></li><li>3. Grenze der Nachforderungspflicht — <b>245</b></li><li>4. Erklärungspflicht nur bei wirksamer Forderung — <b>246</b></li><li>5. Wann fehlt eine Angabe? — <b>247</b></li><li>6. Auch leere Formblätter können einen Erklärungswert haben — <b>248</b></li><li>7. Nachfrist — <b>249</b></li></ul>
IV.	Fakultative Ausschlussgründe — <b>251</b>
D.	Eignungsprüfung — <b>253</b> <ul style="list-style-type: none"><li>I. Zeitpunkt der Prüfung — <b>254</b><ul style="list-style-type: none"><li>1. Regelverfahren — <b>254</b></li><li>2. Verfahren ohne Bekanntmachung oder mit Teilnahmewettbewerb — <b>254</b></li><li>3. Keine Bindungswirkung bei neuen Erkenntnissen — <b>255</b></li></ul></li><li>II. Prüfungssystematik — <b>255</b></li><li>III. Formale Eignungsprüfung — <b>256</b><ul style="list-style-type: none"><li>1. Präqualifizierte Bieter — <b>257</b></li><li>2. Nicht präqualifizierte Bieter — <b>259</b></li></ul></li><li>IV. Materielle Eignungsprüfung — <b>259</b><ul style="list-style-type: none"><li>1. Grundlage der Prognose — <b>260</b></li><li>2. Untersuchungstiefe — <b>261</b><ul style="list-style-type: none"><li>a) Grundsatz — <b>261</b></li><li>b) Dokumentation von Nachforschungen — <b>261</b></li><li>c) Begründungspflicht bei normativen Kriterien — <b>262</b></li><li>d) Negative Eignungsprognose — <b>262</b></li></ul></li><li>3. Vergleichbarkeit von Referenzen — <b>263</b></li></ul></li><li>V. Nachholung der Eignungsprüfung — <b>265</b></li></ul>
E.	Rechnerische, technische und wirtschaftliche Prüfung, Angemessenheit der Preise — <b>266</b> <ul style="list-style-type: none"><li>I. Rechnerische Prüfung — <b>267</b></li></ul>

II.	Unangemessen hohe oder niedrige Angebote — <b>268</b>
1.	Regelungszweck — <b>268</b>
2.	Drittschützende Wirkung? — <b>268</b>
3.	Aufklärungspflicht bei Unterkostenangeboten — <b>269</b>
4.	Prüfungsmaßstab — <b>269</b>
5.	Verfahren bei Überschreiten der Aufgreifschwelle — <b>271</b>
6.	Aufklärungsverlangen unterhalb der Aufgreifschwelle — <b>272</b>
7.	Prognoseentscheidung — <b>273</b>
8.	Zuschlagsverbot bei unzumutbaren Folgen — <b>273</b>
9.	Unangemessen niedrige oder hohe Einheitspreise — <b>275</b>
F.	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots — <b>276</b>
I.	Allgemeines — <b>276</b>
II.	Maßstab — <b>276</b>
III.	Vergleichende Wertung — <b>277</b>
IV.	Dokumentation — <b>277</b>
V.	Nachholung einer Wertungsbegründung im Nachprüfungsverfahren — <b>278</b>
1.	Fehlerheilung durch objektiv nachvollziehbare Begründung — <b>278</b>
2.	Keine Fehlerheilung bei subjektiv-situativer Bewertungssituation — <b>279</b>
G.	Aufklärung des Angebotsinhalts — <b>280</b>
I.	Allgemeines — <b>280</b>
II.	Sachlicher Anwendungsbereich — <b>280</b>
III.	Ermessen — <b>281</b>
IV.	Aufklärungspflicht als Ausnahme — <b>281</b>
V.	Zulässiger Inhalt — <b>282</b>
VI.	Unzulässiger Inhalt — <b>283</b>
1.	Keine überflüssige Aufklärung — <b>283</b>
2.	Keine Vervollständigung des Angebots — <b>284</b>
3.	Keine Änderung des Angebots — <b>284</b>
4.	Alternativen für den Auftraggeber — <b>285</b>
VII.	Unzureichende Mitwirkung als Ausschlussgrund — <b>285</b>
1.	Aufklärungsbedarf bzw. Informationsbedürfnis — <b>286</b>
2.	Angebotsausschluss bei Aufklärungsverweigerung — <b>287</b>
3.	Verstreichenlassen einer angemessenen Frist — <b>287</b>
4.	Eindeutige Formulierung als Ausschlussfrist — <b>288</b>
VIII.	Form — <b>289</b>
IX.	Dokumentation — <b>289</b>
H.	Einschaltung Externer — <b>290</b>

## **Kapitel 9**

### **Vergabeentscheidung**

- A. Zuschlag — 291**
  - I. Zuschlag innerhalb der Zuschlagsfrist — 292
  - II. Zuschlag nach Ablauf der Zuschlagsfrist — 292
  - III. Verlängerung der Zuschlagsfrist — 293
    - 1. Zustimmungserfordernis — 293
    - 2. Preisangepassungsanspruch des späteren Auftragnehmers — 294
      - a) Voraussetzung: Anpassung der Ausführungszeit infolge Zuschlagsverzögerung — 294
      - b) Höhe des Mehrkostenanspruchs — 295
    - 3. Mehrkostennachweis bei Nachunternehmerleistungen — 296
    - 4. Kostenrisiko von Bindefristverlängerungen für Auftraggeber — 296
  - IV. Zuschlag mit Änderungen oder Ergänzungen — 297
- B. Aufhebung — 299**
  - I. Allgemeines — 299.
    - 1. Ermessensentscheidung — 299
    - 2. Vorrang der Teilaufhebung (Rückversetzung) — 300
    - 3. Sinn und Zweck der normierten Aufhebungsgründe — 301
    - 4. Form und Inhalt — 301
    - 5. Grundsatz der Vertragsfreiheit — 301
    - 6. Diskriminierungsverbot als Grenze — 302
    - 7. Rechtsfolgen der Aufhebung — 303
      - a) Kein Schadensersatzanspruch bei normiertem Aufhebungsgrund — 303
      - b) „Freie“ Aufhebung führt zu Schadensersatz — 303
        - aa) Verstoß gegen Pflicht zur Rücksichtnahme — 304
        - bb) Kein zusätzliches Vertrauenselement (mehr) erforderlich — 304
      - cc) Grundsatz: Beschränkung des Schadensersatzes auf das sog. negative Interesse — 304
      - dd) Ausnahmsweise positives Interesse — 305
  - II. Normierte Aufhebungsgründe — 308
    - 1. Allgemeines — 308
      - a) Enge Auslegung — 308
      - b) Grundsätzlich nur unverschuldete oder nicht erkennbare Gründe — 309
      - c) Sonderregelung in Sektorenverordnung — 310
    - 2. Kein wertbares Angebot — 310
    - 3. Grundlegende Änderung der Vergabeunterlagen — 311
    - 4. Andere schwerwiegende Gründe — 313

- III. Aufhebung ohne normierten Sachgrund — 315
  - 1. Grundsatz der Vertragsfreiheit — 315
  - 2. Sachlicher Grund erforderlich — 315
  - 3. Schadensersatzpflicht — 315
    - a) Grundsatz: negatives Interesse — 315
    - b) Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens — 316
- C. Rückversetzung des Verfahrens — 316
  - I. Rückversetzung als milderes Mittel — 316
  - II. Ermessensentscheidung im Einzelfall — 317
  - III. Rückversetzung aus Zweckmäßigkeitserwägungen? — 319
  - IV. Voraussetzungen — 319
    - 1. Fortbestand der Beschaffungsabsicht — 320
    - 2. Vorliegen eines sachlichen Grundes — 320
      - a) Normierte Aufhebungsgründe — 320
      - b) Nicht normierte, aber sachliche Gründe — 321
    - 3. Rückversetzung erforderlich und ausreichend — 322
      - a) Nachholung statt Wiederholung — 322
      - b) Heilungsmöglichkeit durch Rückversetzung — 323
    - 4. Transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren — 324
      - a) Beschränkung der Rückversetzung auf Teilpositionen — 324
      - b) Adressaten bzw. Teilnehmerkreis einer Rückversetzung — 325
      - c) Keine Wettbewerbsverzerrung oder manipulativen Umstände — 327
  - V. Bestimmung des Zeitpunkts der Rückversetzung — 328
  - VI. Sonderfälle: Keine Rechtsverletzung durch beschränkte Rückversetzung — 328
    - 1. Kein annehmbares Angebot — 328
    - 2. Fehlen nachgeforderter Erklärungen oder Nachweise — 329
    - 3. Rückversetzung gegenüber einzelnen Bietern — 329
  - VII. Im Nachprüfungsverfahren: Keine Wiederholung bei auszuschließender Ergebnisrelevanz — 330

## Kapitel 10

### Der Vergabevermerk

- A. Sinn und Zweck — 333
- B. Begründungs- und Dokumentationspflicht — 333
  - I. Fortlaufend und zeitnah — 334
  - II. Mindestinhalt — 334
- C. Folgen von Dokumentationsmängeln — 335
  - I. Subjektives Recht — 336

- II. Negative Auswirkung auf Auftragschancen — 336
- III. Eigene Entscheidung der Vergabestelle — 338
- D. Heilung von Dokumentationsmängeln — 338

## Kapitel 11

### Rahmenverträge und dynamische elektronische Verfahren – Möglichkeiten zur Vereinfachung von Beschaffungsvorgängen

- A. Die Rahmenvereinbarung als Instrument zur Bündelung des Beschaffungsbedarfs — 341
  - I. Der Begriff und der Anwendungsbereich der Rahmenvereinbarung — 341
    - 1. Was sind Rahmenvereinbarungen? — 341
    - 2. Der Anwendungsbereich für Rahmenvereinbarungen — 343
    - 3. Die Bedeutung von Rahmenvereinbarungen in der Praxis — 344
  - II. Die Zulässigkeit von Rahmenvereinbarungen — 346
    - 1. Der Grundsatz: Beachtung des Missbrauchsverbots — 346
    - 2. Die Vertragspartner der Rahmenvereinbarung — 347
    - 3. Die notwendigen Mindestfestlegungen in Rahmenvereinbarungen — 349
      - a) Die Festlegung des Vertragsgegenstands — 349
      - b) Preisangaben — 350
      - c) Die Angabe des voraussichtlichen Bedarfs des Auftraggebers — 351
      - d) Die Angabe von Regeln für den Leistungsabruf durch Einzelverträge — 352
      - e) Die Angabe der Laufzeit der Rahmenvereinbarung — 352
    - 4. Der Leistungsabruf bei Rahmenvereinbarungen — 353
      - a) Der Leistungsabruf bei Individual-Rahmenvereinbarungen — 354
      - b) Der Leistungsabruf bei Mehrfach-Rahmenvereinbarungen — 354
        - aa) Variante 1: Alle Bedingungen für den Einzelauftrag sind festgelegt — 354
        - bb) Variante 2: Nicht alle Bedingungen für den Einzelauftrag sind festgelegt — 355
    - 5. Die Sperrwirkung der Rahmenvereinbarung — 356
  - B. Dynamische elektronische Verfahren – die Beschaffung marktüblicher Leistungen auf einem „elektronischen Marktplatz“ — 360
    - I. Begriff und Anwendungsbereich — 360
    - II. Der Verfahrensablauf — 361
      - 1. Der allgemeine Grundsatz: Offenes Verfahren — 361
      - 2. Die spezifischen Verfahrensregeln für das dynamische elektronische Verfahren — 361

- a) Einrichtung und Bekanntmachung des dynamischen elektronischen Verfahrens — 361
- b) Die Zulassung zum dynamischen elektronischen Verfahren — 362
- c) Die Vergabe der Einzelaufträge — 362

## Kapitel 12

### Rechtsschutzmöglichkeiten der Bieter bei Vergaberechtsverstößen des Auftraggebers

- A. Rechtsschutzmöglichkeiten bei Auftragsvergaben unterhalb der Schwellenwerte — 365
  - I. Primärrechtsschutz — 365
    - 1. Zuständigkeit der Zivilgerichte — 366
    - 2. Die Zuschlagsverhinderung durch einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung — 366
    - 3. Voraussetzungen für die Anordnung eines vorläufigen Zuschlagsverbots — 367
      - a) Restriktive Auslegung – Einstweiliger Rechtsschutz nahezu nur bei willkürlichen oder grob rechtswidrigem Handeln der Vergabestelle — 367
      - b) Bieterfreundliche Auslegung – Vorläufiger Rechtsschutz als Ausprägung des Vertrauensschutzes — 370
      - c) „Echte Chance“ des Bieters auf die Erteilung des Zuschlags — 371
      - d) Pflicht zur rechtzeitigen Rüge erkannter Vergabeverstöße — 371
    - II. Sekundärrechtsschutz – Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen nach einem Vergaberechtsverstoß — 372
      - 1. Allgemeines — 373
      - 2. Ansprüche auf Ersatz des Vertrauensschadens — 374
      - 3. Ansprüche auf Ersatz des Erfüllungsschadens — 375
  - B. Rechtsschutzmöglichkeiten oberhalb der Schwellenwerte — 375
    - I. Primärrechtsschutz — 376
      - 1. Verfahrensrechtliche Ausformung – Informations- und Wartepflicht vor Zuschlagserteilung — 376
        - a) Persönlicher Anwendungsbereich — 376
        - b) Sachlicher Anwendungsbereich: Alle Verfahrensarten — 377
        - c) Inhalt der Informationspflicht — 377
        - d) Ausnahme: Besondere Dringlichkeit — 379
      - 2. Rechtsfolge bei Verstößen — 379
        - a) Reichweite des § 101b GWB — 380
        - b) Die schwelende Unwirksamkeit von Verträgen — 381
      - 3. Das Nachprüfungsverfahren im Überblick — 382

<b>II.</b>	<b>Ablauf eines Nachprüfungsverfahrens im Detail</b>	<b>383</b>
1.	Das Verfahren vor der Vergabekammer	383
a)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	384
aa)	Antrag	384
bb)	Laufendes Vergabeverfahren	385
cc)	Antragsbefugnis	386
dd)	Die Rüge des behaupteten Vergaberechtsverstoßes	388
ee)	Antragsfrist	394
b)	Die Rechtsfolgen eines zulässigen Nachprüfungsantrags und der weitere Verfahrensablauf	394
aa)	Zuschlagsverbot	394
bb)	Beteiligte	395
cc)	Das Recht auf Akteneinsicht	396
dd)	Die maßgeblichen Verfahrensgrundsätze	397
ee)	Die Entscheidung der Vergabekammer	399
c)	Der Antrag auf vorzeitige Gestattung des Zuschlags	400
2.	Das Beschwerdeverfahren vor dem Oberlandesgericht	403
a)	Zulässigkeitsvoraussetzungen	403
aa)	Beschwerdebefugnis	403
bb)	Form und Frist	403
cc)	Begründung der Beschwerde	404
b)	Rechtsfolgen der Beschwerdeeinlegung und das weitere Verfahren	405
c)	Die Entscheidung des Beschwerdegerichts	407
d)	Die Vorabentscheidung über den Zuschlag	408
<b>III.</b>	<b>Sekundärrechtsschutz</b>	<b>409</b>

**Stichwortverzeichnis** — 411